# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Ohne Gewähr. Für den Inhalt verantwortlich: Alle Postanstalten und Briefträger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 2gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Meißen.

Nr. 101. — 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Freitag, den 1. Mai 1925


## Beruhigung.

Die sonst nach jeder Wahl üblichen Leichenreden sind diesmal rascher über uns dahingebraust und haben an Stelle der wilderregten Leidenschaften und harten Anklagen über des Gegners Kampfmethoden schnell einer Beruhigung Platz gemacht. Dazu trug vor allem bei, daß das Kabinett Luther im Amt bleibt, damit also auch die parlamentarische Koalition, auf die es sich stützt, nicht gesprengt wird. Verfassungsrechtlich war die Frage bestritten, ob, wie das in anderen parlamentarischen Ländern der Brauch ist, nach der Neuwahl des Präsidenten das Kabinett seine Ämter zur Verfügung stellen muß, weil ja formell der Präsident es ist, der die Regierungsmitglieder ernennt. Da aber doch tatsächlich der Reichstag es ist, der sich die Regierung setzt, so ist verständigerweise von einer solchen nur formell gedachten Demission abgesehen worden. Das Kabinett Luther bleibt, es bleibt selbstverständlich auch die Politik, wie sie von dem Kabinett bisher getrieben worden ist, auch jetzt in dem alten Gleis, um so mehr, als ja der Träger dieser Politik immer nur die bisherige Regierung ist.

Dieser Beruhigung im Innern entspricht übrigens auch die gleiche Erscheinung im Ausland, namentlich seitens amtlicher Stellen. Daran ändern auch einzelne Ausfälle, namentlich in der französischen Presse, nicht viel. Natürlich muß auch solcherseits nun alles unterbleiben, was im Ausland Beunruhigungen über die weitere innerpolitische Entwicklung bei uns hervorrufen könnte. Günstige Anzeichen hierfür sind zweifellos erfreulicherweise schon zu melden. Mehr im Lande draußen freilich als an den Zentren der parteipolitischen Bewegung. Der Wille, das Ergebnis der Reichspräsidentenwahl nun einfach als nicht mehr zu ändernde Tatsache zu behandeln, kommt doch teilweise schon zum Ausdruck, und zwar auch unter denen, die am 26. April unterlegen sind. Aber auch in den Kreisen jener, die Hindenburg gewählt haben, ist die Erregung abgeebbt und hat auch hier dem Willen Platz gemacht, in den Wunden, die der Wahlkampf riß, nun nicht noch länger herumzuwühlen. Bezeichnend dafür ist aber auch der Wille, die Preußenkrise nicht zu einer chronischen zu machen, sondern Zeit zur Überlegung zu gewinnen. Eine neuerliche Vertagung der Entscheidung im Landtag ist beschlossen worden, weil die Entscheidung vermutlich nicht nur über das Schicksal des Kabinetts Braun gefällt werden müßte, sondern auch über die Frage, ob wir nun in Preußen Neuwahlen haben sollen oder nicht. Dabei tritt auch die Erwägung hervor, daß die Wahlbeteiligung bei diesen Neuwahlen vielleicht geringer sein würde. Nur daß am 26. April zwischen zwei Persönlichkeiten gerungen wurde, daß der Kampf zwischen zwei auch äußerlich überaus klaren Parolen ging, hat verursacht, daß eine verhältnismäßig starke Wahlbeteiligung zu verzeichnen ist. Daß sich diese Erscheinung aber bei etwaigen nun rein parteilich aufgezogenen Neuwahlen in Preußen wiederholen würde, damit ist um so weniger zu rechnen, weil keine Partei auf eine wirklich durchschlagende Wahlparole rechnen kann. Vielleicht wird man doch wohl allerseits mit einer größeren Bereitwilligkeit rechnen, die scheinbar unüberbrückbaren Gegensätze in irgendeiner Form auszugleichen.

Beruhigung draußen und Beruhigung drinnen —, das ist schließlich das, was das deutsche Volk braucht. Allzu zart sind die wirtschaftlichen Beziehungen, allzu empfindlich noch auf Störungen reagierend, als daß nun innere Kämpfe der Fortentwicklung jener Beziehungen hemmend entgegenwirken dürften. Der Reichskanzler hat in seiner Programmrede auf dem Industrie- und Handelstag gerade diese wirtschaftlichen Beziehungen und ihre Pflege ganz in den Vordergrund gestellt; hoffen wir, daß der Geist und der Wille, der aus dem Gesamtkomplex seiner Ausführungen spricht, nun auch ein tatenwilliges Echo im deutschen Volk und seinen Parteien findet.

## Der Reichstagspräsident bei Hindenburg.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes"

**Berlin, 30. April.** Der „Lokalanzeiger" meldet aus Hannover: Gestern nachmittag traf hier Reichstagspräsident Loebe ein. Er begab sich sofort nach der Villa Hindenburgs und hatte dort mit dem neuen Reichspräsidenten eine längere Unterredung. Die Besprechung dürfte sich vermutlich um das Programm der Vereidigung im Reichstage gedreht haben.

## Meinungsverschiedenheiten auf der Botschafterkonferenz.

**Paris, 30. April.** Briand empfing gestern abend Jules Cambon, den Vorsitzenden der Botschafterkonferenz, sowie Marschall Foch, den Präsidenten des Interalliierten Militärausschusses. Die Beratung soll im Zusammenhang mit der gestrigen Sitzung der Botschafterkonferenz stehen. Es gehen Gerüchte um, nach denen sich zwischen den französischen und englischen Vertretern in der Botschafterkonferenz wieder recht weitgehende Meinungsverschiedenheiten über die Deutschland aufzuerlegenden Bedingungen ergeben hätten.

# Dr. Luther über die Reichspolitik.

## Erklärungen des Kanzlers.

### Kein Regierungswechsel im Reich.

Berlin, 29. April.

**Nach dem gestrigen Besuch des Reichskanzlers Dr. Luther bei dem neuen Reichspräsidenten von Hindenburg sah man den angekündigten Ausführungen Dr. Luthers bei der zurzeit in Berlin tagenden 45. Vollversammlung des Deutschen Industrie- und Handelstages mit besonderem Interesse entgegen. Dr. Luther hat mit dem Reichspräsidenten zwei Stunden lang in Groß-Schwülper konferiert, worauf der Reichspräsident nach Hannover und der Reichskanzler nach Berlin zurückkehrten. Dr. Luther berichtete noch gestern abend spät dem Reichskabinett über die Unterredung. Man erfuhr, zwischen Reichspräsident und Reichskanzler habe sich volle Übereinstimmung herausgestellt. Das Reichskabinett beschloß im Anschluß daran, aus Anlaß der Neuwahl des Reichspräsidenten nicht zurückzutreten, da ein verfassungsrechtlicher Grund nicht vorliege.**

*

Zu der heutigen Versammlung des Industrie- und Handelstages, der gestern schon ein Begrüßungsabend vorausgegangen war, erschienen der Stellvertreter des Reichspräsidenten Dr. Simons, Reichskanzler Dr. Luther, Reichswirtschaftsminister Neuhaus, Reichsfinanzminister von Schlieben, Reichsverkehrsminister Krone, die Staatssekretäre Kempner, Fischer und Popitz sowie der bayerische Gesandte von Prager, ferner eine große Anzahl hervorragender Vertreter von Finanz, Handel und Industrie. Nach der Begrüßungsansprache des Präsidenten Franz v. Mendelssohn ergriff zuerst das erste geschäftsführende Präsidialmitglied des Deutschen Industrie- und Handelstages Reichswirtschaftsminister a. D. Hamm das Wort zu längeren Erklärungen über die wirtschaftliche Lage. Folgende Ausführungen, die also wohl die zwischen Reichspräsidenten und Reichskanzler vereinbarten Richtlinien der deutschen Wirtschafts- und allgemeinen Politik widergeben, machte darauf im wesentlichen

### Reichskanzler Dr. Luther:

Ich bin der freundlichen Einladung zu Ihrer heutigen Tagung besonders gern gefolgt und danke Ihnen, sehr verehrter Herr Präsident, aufrichtig für die freundlichen Begrüßungsworte. Der Deutsche Industrie- und Handelstag verkörpert in sich die gesamte amtliche Vertretung der deutschen Wirtschaft, soweit sie nicht Landwirtschaft oder Handwerk ist. Gerade an dieser Stelle über die Bedeutung der Wirtschaft für das Gesamtleben unseres Volkes mich zu äußern und einige Gedanken auszusprechen, die mir für die weitere Gestaltung der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands von besonderer Bedeutung zu sein scheinen, ist mir Bedürfnis. Dabei möchte ich von vornherein dem Irrtum entgegentreten, der sich verbreitet hat, nämlich dem Irrtum, als ob die Wirtschaft nur einen Teil der Kräfte umfaßt, die die wirtschaftlichen Werte erzeugen, von denen das Volk lebt.

Deutsche Wirtschaft ist für mich vielmehr die Zusammenfassung aller Hand- und Kopfarbeiter, die durch ihre Arbeit dem deutschen Volke in seiner Gesamtheit die Lebensgrundlagen verschaffen. Deshalb ist es auch völlig unmöglich, Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik in einen Gegensatz zu stellen. Gewiß hängt das Ausmaß sozialer Leistungen von der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft im ganzen ab. Aber ohne fortgesetzte Verwirklichung der sozialen Grundgedanken ist eine Wirtschaft in der Form, die sie durch den Großbetrieb und durch die Entwicklung der Technik heute angenommen hat, überhaupt nicht möglich.

Hier in allen Einzelheiten das Richtige zu treffen, ist sicherlich eine der schwersten, aber auch eine der bedeutendsten Aufgaben der Reichsregierung, die sie bestrebt bleiben muß, im Einvernehmen mit allen Wirtschaftskräften zu lösen. Die Reichsregierung befindet sich der Wirtschaft gegenüber zurzeit in der Lage, daß sie den einzelnen Wirtschaftern oft mehr als hemmende und fordernde Kraft erscheint denn als unterstützende. Das liegt in der Natur der Sache, denn in der Wirtschaft entfalten sich die Kräfte der einzelnen, die die wirtschaftlichen Güter erzeugen, während durch das politische Leben, an dessen Spitze die Reichsregierung steht, die sonstigen Voraussetzungen des Zusammenlebens der Menschen verwirklicht werden. Ohne staatliche Sicherheit, ohne soziale Fürsorge, ohne Kulturpflege ist ein Zusammenleben der Menschen nicht möglich. All das aber kostet Geld, und das Geld muß von der Wirtschaft aufgebracht werden. Es ist nicht zu verkennen, und ich darf dies hier mit Befriedigung und Dank aussprechen, daß seit den chaotischen Zuständen der letzten Monate des Jahres 1923 Ungeheueres geleistet worden ist und sich in der gesamten Wirtschaft auf der Grundlage einer stabilen Währung und der Regelung, die das Sachverständigengutachten mit sich gebracht hat, ein wesentlicher Aufbau vollzogen hat. Gleichwohl sind wir von normalen Verhältnissen noch weit entfernt.

### Produktion und Absatz.

Die lebenswichtigsten Fragen für die deutsche Wirtschaft sind die der Erhaltung der Produktionsmöglichkeit und der Absatzmöglichkeit. Die Produktionsmöglichkeiten sind gehemmt auf der einen Seite durch ungenügendes Betriebskapital und auf der anderen Seite durch Produktionsbedingungen, die das Arbeiten von vornherein vielfach als unwirtschaftlich erscheinen lassen. Den Absatzmöglichkeiten nach dem Ausland steht vielfach der mangelnde Wille des Auslands entgegen, deutsche Waren zur Bedürfnisbefriedigung über die Grenzen zu lassen, oder, soweit guter Wille vorhanden ist, verhindern die Preise in Deutschland, deutsche Waren im Konkurrenzkampf mit den ausländischen auf Auslandsmärkten abzusetzen.

Für die Absatzmöglichkeit im Inland ist das größte Hindernis die geringe durchschnittliche Kaufkraft der Gesamtbevölkerung. All diesen Schwierigkeiten mußte zu Leibe gegangen werden. Für die Eigenbetätigung der Wirtschaft stehen im Vordergrund die Fragen der Kapitalbildung, der Stärkung des Innenmarktes, damit der Stärkung der Konsumkraft aller Schichten der Bevölkerung, insbesondere auch der für die Industrie als Abnehmerin so wichtigen Landwirtschaft, deren immer stärkere Intensivierung für die deutsche Gesamtwirtschaft ja von größter Bedeutung ist. Es wird auch bei Ihnen nicht auf grundsätzlichen Widerspruch stoßen, wenn ich ausspreche, daß die Bildung von Sparkapital in der Hand der Verbraucher nicht vernachlässigt werden darf, um neben der Beschaffung des notwendigen Betriebskapitals aus den Preisen auch durch Ersparnisse Betriebskapital zu schaffen. Voraussetzung für alles ist, daß zwischen den Mächten der Politik und den Mächten der Wirtschaft ein Zustand gegenseitigen Vertrauens besteht. Die Wirtschaft muß sich überzeugt halten, daß die Reichsregierung ihr möglichstes tut, um das, was sie von der Wirtschaft fordert, so sparsam und nutzbringend wie möglich zu verwenden und dadurch auch die Last der Wirtschaft herabzusetzen. Die deutsche Regierung ist in dieser Beziehung in einer doppelten Zwangslage, weil sie außer den Bedürfnissen des eigenen Volkes auch noch die Reparationslasten aus der Wirtschaft herausziehen muß. Ich begrüße es mit ganz besonderen Dank, daß gerade auch auf dem Gebiet der Verteilung der Reparationslasten die Führer der Wirtschaft so wirkungsvoll mit der Regierung zusammengearbeitet haben.

### Die Steuerbelastung.

Ein Hauptgegenstand der Sorge in den Wirtschaftskreisen ist zurzeit die Belastung durch die Steuern, und zwar nicht nur durch die Steuern des Reichs, sondern auch durch die Steuern der Länder und Gemeinden. Ich erkenne dabei an, daß die Belastung, die bisher auf der deutschen Wirtschaft gelegen hat, in vielen Einzelfällen ein unerträgliches Maß angenommen hat. Die gewiß hohe Besteuerung, die bis jetzt besteht, war aber unvermeidlich, um das Ziel der Stabilisierung der Währung durchzuführen, durch dessen Erreichung, wie Ihr Herr Präsident anerkannt hat, überhaupt erst die Grundlagen für einen Neuaufbau unseres Wirtschaftslebens geschaffen worden sind.

Durch die neuen Steuergesetze, die jetzt nach Verabschiedung im Reichsrat beim Reichstag zur Beratung vorliegen, hofft die Reichsregierung einen erträglichen Zustand auch für die Wirtschaft zu schaffen. Ich möchte die dringende Bitte aussprechen, daß auch Sie Ihren Teil dazu beitragen, daß diese Gesetze so rasch als möglich zum Abschluß gebracht werden.

Ein weiterer Gegenstand großer Sorge der gesamten Wirtschaft ist die Frage der Aufwertung. Auch in dieser Frage liegen die Gesetzentwürfe der Reichsregierung den gesetzgebenden Körperschaften vor, und ich hoffe, daß ihre baldige und möglichst unveränderte Annahme der Wirtschaft die Beruhigung bringt, ohne die ein gesundes Wirtschaften nicht möglich ist.

Eine dritte große Sorge der Wirtschaft und der Reichsregierung ist die Frage der künftigen Gestaltung der Handelsbeziehungen zum Ausland. Im Zusammenhang damit steht die Zollvorlage, die die Zollsätze neu regeln soll, im Mittelpunkt des Interesses.

Die Reichsregierung beabsichtigt, in den nächsten Tagen sich über die endgültige Gestaltung der Zollvorlage schlüssig zu werden. Weder mit vorgefaßten Meinungen noch ausgehend vom einseitigen Interessenstandpunkt, weder mit doktrinärer Einstellung noch mit abstrakten Deduktionen kommen wir hier weiter. Wir müssen versuchen, einen Mittelweg zu finden, der einen gesunden Ausgleich aller Ansprüche gewährleistet. Dies ist um so notwendiger, als unsere gesamte Außenhandelspolitik beherrscht sein muß von der Notwendigkeit der Erzielung eines Exportüberschusses. Dieser Exportüberschuß ist nur zu erreichen durch Stärkung der inländischen Produktion und Erleichterung des Warenaustausches unter den Völkern der Erde.

**Nun lassen Sie mich noch ein Wort zur Währungsfrage** sagen. Gerade in den letzten Tagen sind wiederum Gerüchte verbreitet worden, die das Gespenst einer neuen Inflation an die Wand malen. Derartige Machenschaften, sei es zu welchem Zweck auch immer, sind verbrecherisch und für die ganze Nation von ungeheurem Schaden. Die deutsche Währung, unsere Reichsmark ist dank den Maßnahmen der Reichsbank vollkommen gesichert. Die Reichsbank hat es in der Hand, den Wert der Mark stabil zu halten, und wird es tun. Wenn diese Überzeugung von der absoluten Möglichkeit der Aufrechterhaltung der Stabilität der Mark Gemeingut geworden ist, und damit alle Versuche, den Glauben an die Mark zu erschüttern, von vornherein zum Scheitern verurteilt sind, dann wird es auch der Reichsbank möglich sein, in stärkerem Umfange berechtigten Wünschen der Wirtschaft zu entsprechen. Nichts kann die Krediterweiterung und eine schrittweise Herabsetzung der Zinssätze erleichtern, als der feste Glaube an der Wert der Mark.

Dabei wird die Reichsregierung auch ihrerseits nicht müde werden, durch Verhandlungen mit der Reichsbank und der Bankwelt dafür zu sorgen, daß das Geld in Deutschland

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF